

Klimapolitik der Grünen in Zeiten militärischer Konfrontation

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.



Grafik: gemeinfrei / Friedensjournal

Es ist offensichtlich, dass man der derzeitigen Koalition auf Bundesebene ein Totalversagen in der Klimaschutzpolitik bescheinigen muss. Auch nach dem Urteil des BVerfG zur gesetzlichen Verpflichtung zum Klimaschutz, um damit elementare Grundrechte zu sichern, ist das, was am letzten Sitzungstag des Bundestages in der alten Legislaturperiode beschlossen wurde, allenfalls kosmetischer Art. Nicht zuletzt deshalb ist absehbar, dass die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl einen erheblichen Stimmenzuwachs erreichen werden, der zu einer Regierungsbeteiligung und damit einhergehend mit starkem Einfluss auf die künftige Klimaschutzpolitik führen dürfte.

Sicherlich sind damit einige Kurskorrekturen zu erwarten, jedoch dürften all diejenigen herb enttäuscht werden, die daran hohe Erwartungen knüpfen. Das hat sich bereits in den Bundesländern mit Regierungsbeteiligung der Grünen gezeigt, wo sich eine lange Liste von umweltpolitischen Einknicken gegenüber der CDU bzw. dem Widerstand von Wirtschaftsverbänden und Industrieunternehmen aufzählen ließe. An dieser Stelle soll es aber nur um die Bundespolitik und den internationalen Kontext gehen.

UN-Nachhaltigkeitsziele und internationale Kooperation

Im Wahlprogramm der Grünen ist das Kapitel 6 überschrieben mit: „International zusammenarbeiten“. Einleitend heißt es dort:

Unser grüner Faden in der Internationalen Politik ist die Ausrichtung auf die

globale sozial-ökologische Transformation. Wir setzen uns ein für eine vorausschauende, Krisen vermeidende und Widerstandskraft stärkende Politik, um den globalen Herausforderungen Klimakrise, Pandemien, Migration und wachsender Ungleichheit zu begegnen. Grundlage unserer Politik ist der feste Glaube an Kooperation und Multilateralismus, ausgehend von einer gestärkten und handlungsfähigen EU. Dabei wissen wir um die Hürden und Hindernisse, die innerhalb der EU, aber auch im globalen Machtgefüge und ducken uns vor schweren Fragen und Dilemmata nicht weg. Wir wollen die EU stärken und Bündnisse mit all denen schmieden, die bereit sind, auf Grundlage der rechthebasierten, internationalen Ordnung und gemeinsamer Werte an der notwendigen Transformation unserer Wirtschaften und Gesellschaften zu arbeiten.

Maßstab für eine globale sozial-ökologische Transformation wäre ein engagiertes Eintreten für die Agenda 2030 bzw. die Nachhaltigkeitsziele der UNO. Als Voraussetzung für die dort genannten Einzelziele (Nr. 1 bis 15) kann man das Teilziel Nr. 16: „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ ansehen. Ebenso als übergeordnetes Ziel ist das letzte Teilziel Nr. 17 zu nennen: „Partnerschaften für diese Ziele“.

Wenn man die drohende Klimakatastrophe in selbiger Weise wie die Gefahr eines globalen Atomkrieges sieht, dann ist eine umfassende internationale Kooperation zwingend. Dazu stehen Staatenbündnisse im Widerspruch, die einen ausgrenzenden und konfrontativen Charakter haben. Der bei den Grünen programmatisch formulierte Halbsatz „Grundlage unserer Politik ist der feste Glaube an Kooperation und Multilateralismus“ steht aber im direkten Widerspruch zum zweiten Halbsatz „ausgehend von einer gestärkten und handlungsfähigen EU.“

Regionale Energiewende ohne geopolitische Konflikte

Dringend notwendig wäre für den Klimaschutz und die daran gekoppelte Energiewende ein Mehrfaches an Ressourcenaufwand zum dezentralen, re-

gionalen Ausbau erneuerbarer Energien mit Wind- und Solaranlagen in Deutschland. Mit der daran gekoppelten mittelständisch geprägten Industrie und Handwerksbetrieben, die zusammen eine weitestgehend regionale Liefer- und Wertschöpfungskette ergeben, war Deutschland bis vor einigen Jahren auch auf einem guten Weg. Gewissermaßen auch ein guter Ansatz für die in der letzten Zeit häufig bemühte sozial-ökologische Konversion der Wirtschaft. Die „Wende“ weg von dieser erfolgreichen Energiewende hat die Energieexpertin Claudia Kemfert bereits 2017 in ihrem Buch mit dem Titel „Das fossile Imperium schlägt zurück“ umschrieben. Darin heißt es:

„Alles schien auf einem guten Weg: Die Energiewende schafft Wohlstand, macht unabhängig von geopolitischen Konflikten, schützt das Klima und stärkt die Demokratie. Doch die ‚alten‘ Energien und die Klimaskeptiker gehen nicht kampfflos vom Platz. Sie nutzen keine Armee, sondern Propaganda und ‚Fake News‘.“

Dieses Rolle rückwärts bei der Energiewende wurde in den letzten Jahren von dem CDU-geführten Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier vollzogen, womit auch ein dramatischer Verlust von Arbeitsplätzen verbunden war. Eine tatsächliche Klimaschutzpolitik müsste diese verheerende Entwicklung umkehren.

„Energiepartnerschaften“ mit Nordafrika

Stattdessen wird auf eine utopisch gewordene Außenhandelsfixierung gesetzt. Dabei soll anstelle von fossilen Brennstoffen Wasserstoff, erzeugt mit elektrischem Strom, aus riesigen Windparks in Nordafrika über neue Pipeline-Netze nach Deutschland gebracht werden, damit dieser für die chemische Industrie und Stahlindustrie „klimaneutral“ eingesetzt werden kann. Ähnlich gelagerte Konzepte gab es bereits früher mit der 2009 gegründeten „Desertec-Initiative“, bei der noch Strom von solarthermischen Kraftwerken mit riesigen Stromleitungen nach Deutschland geführt werden

sollten. Der bereits damals als neokolonial kritisierte Ansatz wird in der heutigen Variante der von deutschen Großkonzernen über das Wirtschaftsministerium lancierten Wasserstoff-Strategie im Wahlprogramm der Grünen als Energie- und Klimapartnerschaft mit Nordafrika übernommen.

Bemerkenswert ist an dieser Strategie auch, mit welchen Ländern aufgrund „stabiler“ politischer Verhältnisse eine solche Partnerschaft (wie bereits 2009) eingegangen werden soll (und mit welchen nicht). Genannt wird vor allem Marokko, das seit Jahrzehnten die Westsahara als kolonial besetztes Territorium für sich beansprucht. „Stabil“ ist Marokko auch deshalb, weil die dortige Königsdynastie sich in der jüngsten Zeit verstärkt als NATO-Partner in Nordafrika ins Spiel bringt.

Klimapakt mit der Industrie?

Noch eindeutiger als im Wahlprogramm hat die Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock diese als Klimaschutzpolitik bemäntelte Technologieförderung als „Pakt zwischen Industrie und Politik“ formuliert. Hierbei geht es um vermeintlich „nationale Schlüsseltechnologien“ und unsinnige industrielle Großprojekte. Dieses führen auch zu geopolitischen Konflikten. Im Bewusstsein dessen wird deshalb auch von der Großindustrie eine weitere Militarisierung der Außenpolitik gefordert. Nur am Rande sei hier erwähnt, dass bei Rüstungsprojekten wie FCAS oder der Eurodrohne gleichfalls „nationale Schlüsseltechnologien“ und die Exportfähigkeit der damit erstellten Produkte eine maßgebende Rolle spielen.

Energiesicherheit und Nordstream 2

Zu dem äußerst aggressiven Agieren der Grünen gegenüber Russland gehört auch die scharfe Opposition gegen die Pipeline Nordstream 2. Im Kontext der Navalny-Debatte starteten die Grünen einen Unterschriftenappell, in dem es heißt: „Das Projekt finanziert ein korruptes Regime und ist eine Wette gegen die europäischen Klimaziele – es hätte nie realisiert werden dürfen.“

Richtig ist durchaus, dass Nordstream 2 ebenso wie andere, geplante

Pipeline-Projekte für fossile Brennstoffe, dem Klimaschutz zuwider läuft. Schließlich besteht ein Hauptanfordernis darin, in den nächsten 10 bis 20 Jahren den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch zu senken.

Die Planungen für Nordstream 2 gehen aber bereits zurück auf das Jahr 2013 und bedeuten deshalb eine damals falsche Weichenstellung, wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bei ihrer gerichtlichen Klage im letzten Jahr durchaus richtig feststellte. Allerdings müssen solche jüngste Aktivitäten von Umweltverbänden als unglaublich bezeichnet werden, da diese im Fahrwasser der Grünen natürlich opportunistisch sind. Für die Grünen selbst ist der Umweltaspekt argumentativ aber nur schmückendes Beiwerk. Unabhängig von einer umweltpolitisch kritischen Sichtweise muss aber festgehalten werden, dass im Gegensatz zu den seitens der Grünen neokolonial proklamierten „Energiepartnerschaften“ mit Nordafrika bei Nordstream 2 eine tatsächliche Energiepartnerschaft zugrunde liegt. Schließlich beruhen Erdgaslieferungen aus Russland auf dem Anfang 1970 unterzeichneten Röhren-Erdgas-Geschäft Deutschlands mit der Sowjetunion. Dieses geht sogar noch auf die 50er Jahre zurück, scheiterte aber lange an dem heftigen Widerstand der USA, deren strategisches Ziel schon immer darin bestand, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland (bzw. der Sowjetunion) zu verhindern.

Grüner Anstrich für die Bundeswehr?

Mit Datum vom 30. Juni 2020 wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag ein Antrag vorgelegt, der folgende Überschrift trägt: „Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO₂-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen“.¹ Aus dem umfangreich begründeten Antragstext nachfolgend einige Beispiele aus dem 12-Punkte-Katalog:

4. bei der Beschaffung von handelsüblichen Fahrzeugen mit militärischer Sonderausstattung (hüms-Fahrzeuge) sowie der gesamten querschnittlichen

Fahrzeugflotte der Bundeswehr konsequent auf Antriebstechnologien zu setzen, die den CO₂-Ausstoß minimieren;

6. bei der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten vermehrt die Möglichkeiten einer simulatorgestützten Ausbildung zu nutzen;

8. Munitions-, Raketentests nicht in oder in der Nähe sensibler und klimarelevanter Ökosysteme durchzuführen;

12. interne Verwaltungsprozesse so zu digitalisieren, dass unnötiger Papierverbrauch und Transport (Postzustellung o. Ä.) vermieden wird.

In der vorangestellten Begründung wird darauf verwiesen, dass die USA einen deutlich besseren Datenbestand über den CO₂-Fußabdruck ihrer Streitkräfte vorliegen hätten. Dazu wird in einer Fußnote auf die Watson-Studie des „Costs of War“-Projekts² aus dem Jahr 2019 verwiesen. Anscheinend hat man aber bei den Grünen diese genannte Studie überhaupt nicht richtig gelesen, deren zentrales Anliegen es war, die äußerst lückenhafte CO₂-Buchhaltung des Pentagons aufzudecken. Aber es geht ja schließlich darum, weder die Existenzberechtigung und den Umfang der Bundeswehr, noch die weltweite massive (CO₂-schädliche) Präsenz des US-Militärs infrage zu stellen.

Fazit: Worthülsen statt Klimaschutz

Wer sich selbst ein Urteil über die klimapolitischen Ziele der Grünen bilden möchte, der vergleiche am besten deren Wahlprogramm mit dem der FDP und suche nach relevanten Unterschieden.

Vor allem die Grünen-Spitzenkandidatin Annalena Baerbock erweist sich als transatlantische Musterschülerin. Sie steht auch umweltpolitisch für Worthülsen, hinter denen nur eine Fortsetzung von unsinniger Technologieförderung für Großkonzerne steht, mit der wegen des geopolitischen Konfliktpotenzials auch eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik einhergeht. Auf einen signifikanten deutschen Beitrag zum globalen Klimaschutz wird man auch in den nächsten vier Jahren vergeblich warten müssen.